



## **Kleine Anfrage**

**des Abgeordneten Marc Timmer (SPD)**

**und**

**Antwort**

**der Landesregierung – Minister für Energiewende, Klimaschutz, Umwelt und Natur**

### **Umsetzung der Kieler Erklärung in Schleswig-Holstein im Bereich Umwelt- und Klimaschutz**

Die Landesregierung hat auf dem „Baltic Sea Region Future Forum“ am 26.08.2022 die Kieler Erklärung „Für eine nachhaltige und prosperierende Ostseeregion 2030“ vorgelegt.

1. Welche Erfolge hat die Unterstützung der öffentlichen Beschaffungsstellen im Ostseeraum bei der nachhaltigen Beschaffung bis jetzt erzielt und wie hat die Landesregierung die Stellen in Schleswig-Holstein konkret dabei unterstützt, wie dazu beigetragen, dass auch die Stellen in anderen Ostseeanrainerstaaten dabei unterstützt werden?

Aus dem Baltic Sea Region Future Forum haben sich bislang folgende Aktivitäten erfolgreich entwickelt:

- Die „Green Public Procurement Expert Group“ wurde gegründet und hat bislang zweimal getagt. Hierbei geht es in erster Linie um den Informationsaustausch, das Erkennen von Impulsen im Hinblick auf nachhaltige Produkte und Dienstleistungen sowie die Untersuchung möglicher gemeinsamer Projekte. Der in Kürze geplante dritte Termin beschäftigt sich mit dem Aufbau einer gemeinschaftlichen Webplattform,

die dann allen interessierten Stellen zum Austausch zur Verfügung gestellt wird. Dabei ist das Land Schleswig-Holstein in der Gruppe mit seiner zentralen Beschaffungsstelle in der GMSH vertreten.

- Mit ähnlicher Zielsetzung wurde ein Austauschformat mit Teilnehmenden aus der STRING-Region (South Western Baltic Sea Transregional Area - Implementing New Geography) geschaffen. Hier sind für die Zukunft die Entwicklung von Nachhaltigkeitszielen für öffentliche Beschaffungsstellen in der Region vorgesehen.
- Die zentrale Beschaffungsstelle der GMSH hat gemeinsam mit dem Ministerium für Landwirtschaft, ländliche Räume, Europa und Verbraucherschutz des Landes Schleswig-Holstein einen Auftakttermin mit der Interreg-Geschäftsstelle „Deutschland/Dänemark“ (<https://www.interreg-de-dk.eu>) wahrgenommen. Im nächsten Schritt ist geplant, im grenznahen Bereich (Jütland) eine Projektpartnerin oder einen Projektpartner für die probeweise Ausschreibung nachhaltiger Güter zu suchen, eine mögliche Zusammenarbeit in der Beschaffung zu prüfen und gegebenenfalls eine Förderung aus EU-Mitteln für ein Pilotprojekt zu beantragen.

2. Mit welchen Maßnahmen, in welchen Zusammenhängen und mit welchen Erfolgen hat die Landesregierung gegenüber welchen Akteuren auf die Ausweisung von mehr Schutzgebieten hingearbeitet?

In Schleswig-Holstein wurde mit der Biodiversitätsstrategie des Landes „Kurs Natur 2030“ eine umfassende Grundlage verabschiedet, wie die gesamte biologische Vielfalt Schleswig-Holsteins besser geschützt werden kann. Ziel der Strategie ist der Stopp des anhaltenden Verlustes von Lebensräumen, Arten und genetischer Vielfalt zu Wasser und an Land. Hierzu zählen auch zahlreiche Maßnahmen zum Meeresnaturschutz und Initiativen zur Stärkung mariner Schutzgebiete. Die Biodiversitätsstrategie des Landes ist eine über die Landesgrenzen hinaus beachtete Strategie, deren Umsetzung von der Landesregierung kontinuierlich vorangetrieben wird.

Die Schaffung von Ruhe- und Rückzugsräumen ist zudem eine Verpflichtung aus dem deutschen Maßnahmenprogramm zur Umsetzung der EU-Meeresstrategie-Rahmenrichtlinie.

Für die schleswig-holsteinische Ostsee erfolgt die Diskussion über Erweiterung und Stärkung der dortigen Schutzgebiete im Rahmen der laufenden Konsultation zu einem möglichen Nationalpark Ostsee. Beteiligte Stakeholdergruppen und die Dokumentation aller Beratungen sind auf der Homepage [https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/kueste-wasser-meer/konsultationsprozess-ostsee/konsultationsprozess-ostsee\\_node.html](https://www.schleswig-holstein.de/DE/landesregierung/themen/kueste-wasser-meer/konsultationsprozess-ostsee/konsultationsprozess-ostsee_node.html) verfügbar.

3. Gibt es bereits einen von der EU-Kommission kofinanzierten Ostseefonds, um das Problem der Munitionsräumung anzugehen und wenn nicht, wie ist der Stand der Umsetzung und wie und in welchen Zusammenhängen hat die Landesregierung dies bisher unterstützt?

Einen von der EU-Kommission kofinanzierten Ostseefonds gibt es bislang nicht. Als strategisches Ziel sind bis zu dessen Einrichtung weitere Gespräche mit allen Ostseeanrainern und der EU notwendig, um sich auf einen gemeinsamen Blick auf das Problem zu verständigen.

Diese Vorarbeit wird vor allem in der engen Kooperation zwischen der Helsinki-Kommission zum Schutz der Meeresumwelt des Ostseeraums (HELCOM) und dem Ostseerat (CBSS) geleistet. Zuletzt wurde diese Zusammenarbeit auch mit der EU deutlich. Auf der Konferenz „Our Baltic 2.0“ am 29.09.2023 in Palanga (Litauen) haben sich die dort vertretenen Delegierten darauf verständigt, gemeinsame Finanzierungsoptionen inklusive EU-Mittel und Fördermechanismen zu prüfen (vgl. <https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/2e76afa1-5695-11ee-9220-01aa75ed71a1/language-en>). Die Vorbereitungen zu dieser Konferenz, an der Vertreter des BMUV teilnahmen, wurden durch das MEKUN unterstützt.

Die weitere Kooperation in den Regionen sowie zwischen HELCOM und CBSS wurde auf dem Jahresforum der EU Strategy for the Baltic Sea Region (EUSBSR) am 4. und 5.10.2023 in Riga (Lettland) sichtbar. Hier wurde der Workshop zu versenkter Munition aktiv durch das MEKUN mitgestaltet. Mit einem Bericht über das weitere Vorgehen zur Munitionsräumung in Deutschland wurde ein Weg des Handelns aufgezeigt. Die Teilnehmenden des Workshops wünschten sich fortlaufende Informationen zur weiteren Entwicklung. Diese Information wird im Rahmen der aktiven Mitarbeit im HELCOM-Expertennetzwerk SUBMERGED weiter aktualisiert.

4. Ist es gelungen, eine strategische Gemeinsame Konferenz von HELCOM und Ostsee-Marinen über alte Munition einzurichten und wenn nicht warum nicht, in welchen Zusammenhängen hat sich die Landesregierung dafür eingesetzt und wie ist der aktuelle Stand?

Eine strategische gemeinsame Konferenz von HELCOM und den Ostsee-Marinen wurde nicht eingerichtet. Allerdings intensivieren HELCOM und Ostseerat (CBSS) ihre strategische Zusammenarbeit weiter. Dabei wird auch die Zusammenarbeit der Marinen zu einem gemeinsamen Lagebild angestrebt. Die Landesregierung unterstützt diese Arbeit. Allerdings stehen die Informationen für derartige Lagebilder grundsätzlich unter nationalem Vorbehalt aufgrund der Sensitivität der Daten. Die weitere Fortschreibung des HELCOM-Assessments zu versenkter Munition sowie die aktive Mitarbeit bei der Umsetzung des Baltic Sea Action Plan stehen im Fokus der Landesregierung. Weitere Konferenzen wie „Our Baltic“ sowie regionale Workshops werden durch die Landesregierung unterstützt.